

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Christian Calderone (CDU)

Protestaktionen der Klimaschutzbewegung in Niedersachsen

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 16.01.2023

Vor allem in Berlin und München kleben sich sogenannte Klimaschützer, vor allem Angehörige der Gruppierung „Letzte Generation“, auf Straßen, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen. Am 24.11.2022 blockierten Protestler den Flughafen Berlin, der daraufhin gesperrt werden musste. Auch in Hannover führten Anhänger der hannoverschen Gruppe „Extinction Rebellion“ („XR“) am 25.11.2022 mehrere Straßensperrungen in der Innenstadt von Hannover durch. Nach einem Bericht in der HAZ vom 26.11.2022 gilt „XR“ zwar als gewaltfreier, aber fundamentaler Flügel der Klimabewegung. In der Vergangenheit habe die Organisation schon mehrfach Straßen blockiert und sich z. B. am Gebäude der Deutschen Bank am Georgsplatz in Hannover festgeklebt.

Der Präsident des Niedersächsischen Verfassungsschutzes warnte in einem Bericht am 02.10.2022 vor einer zunehmenden Radikalisierung der Klimaschutzzsene¹. Er fürchte, dass sich einzelne berufen fühlten, Straftaten zum Erreichen vermeintlicher Klimaziele auch in der Realität umzusetzen.

Ministerpräsident Stephan Weil verurteilte das Verhalten der Klimaprotestler in einem Interview der NOZ am 23.11.2022: „Ich halte es für komplett inakzeptabel, wenn Aktivisten sich auf Straßen festkleben oder Kunstwerke attackieren. Was um Himmels willen hat die Klimakrise zu tun mit Nudeln, die man auf ein Gemälde wirft? Das erschließt sich mir nicht, und das muss die Gesellschaft auch nicht hinnehmen.“

Andere namhafte Vertreter der Politik zeigen hingegen Verständnis. So äußerte sich Bundesumweltministerin Steffi Lemke gegenüber der Tageszeitung *Die Welt* am 10.02.2022: „Es ist absolut legitim, für seine Anliegen zu demonstrieren und dabei auch Formen des zivilen Ungehorsams zu nutzen“. Ähnlich äußerte sich die Parteivorsitzende der Grünen, Ricarda Lang, am 06.02.2022 - ebenfalls gegenüber der *Welt*. Die Proteste müssten nur friedlich verlaufen. Auch die Bundestagsvizepräsidentin, Katrin Göring-Eckardt, zeigte gegenüber der *Welt* am 27.12.2022 Verständnis für die Proteste der sogenannten Klimaaktivisten².

1. Welche Aktivitäten wurden von Gruppierungen der Klimaschutzbewegung in Niedersachsen im Jahr 2022 durchgeführt (bitte auflisten nach Ort, Datum und Anzahl der Teilnehmer)?
2. Ist es bei diesen Aktivitäten zu strafrechtlich relevanten Vorkommnissen gekommen? Wenn ja, bitte die infrage kommenden Straftaten benennen.
3. Über welche Erkenntnisse verfügt der Verfassungsschutz, die auf eine zunehmende Radikalisierung der Klimaschutzzsene hindeuten?
4. Wie bewertet die Landesregierung bewusst initiierte Straßenblocken unter dem Gesichtspunkt des Strafrechts, bei denen sich die Personen so auf die Straße festkleben, dass der gesamte Verkehr nicht nur kurzzeitig zum Erliegen kommt?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung bei Personen, die auf Nachfrage der Polizei ankündigen, bei ihren Aktionen Straftaten verüben zu wollen?

¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article241379419/Radikale-Klimaaktivisten-Da-wird-auch-das-eigene-Leben-aufs-Spiel-gesetzt.html>

² <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/teile-ihre-hartn%C3%A4ckigkeit-g%C3%B6ring-eckardt-nimmt-klimaaktivisten-in-schutz/ar-AA15HfZ5?ocid=ent-newsntp&pc=U531&cvid=5b973c580dee4170f2ce59a3665d4771>

6. Was hat die Landesregierung im Vorfeld der angekündigten Straßenblockaden am 25.11.2022 veranlasst, um diese zu verhindern?
7. Gab es im Vorfeld der angekündigten Straßenblockaden am 25.11.2022 Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Innenministeriums und der Polizei?
8. Werden sich der Staatsschutz und der Verfassungsschutz mit Gruppierungen der Klimaschutzbewegung näher befassen bzw. ist dies schon geschehen?
9. Gibt es Verbindungen von in Niedersachsen tätigen Gruppierungen der Klimaschutzbewegung zu Organisationen, die derzeit vom Verfassungsschutz beobachtet werden?
10. Wie bewertet die Landesregierung politische Ansichten, die sogenannten zivilen Ungehorsam im Zusammenhang mit der Dringlichkeit des Klimaschutzes als Rechtfertigung für das Begehen von Straftaten ansehen?

(Verteilt am 18.01.2023)